

PROTOKOLL

über die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 29.04.2013 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:00 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend:
(22 Mitglieder)

(Tagesordnung: siehe Blatt 2)

Ursula Einhoff
Gerhard Einhoff
Torsten Hahn
Oliver Herbert
Silke Merz
Florian Porth
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Rolf Lamade
Andreas Momberger
Dr. Dirk Schneider
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Michael Hahn - entschuldigt
Petra Kremer - entschuldigt
Hans-Joachim Mücke - entschuldigt
Stephanie Rotter - entschuldigt
Stefan Koschorr - entschuldigt
Christian Osmalz - entschuldigt
Achim Saßmannshausen - entschuldigt
Lutz Sierach - entschuldigt
Roland Gosebruch - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Kai Rauscher
Herbert Porth

es fehlte: Erhard Reiter - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
 - (2) Bestimmung des Termins für die Bürgermeisterwahl (Vorlage-Nr. 22/2013)
 - (3) Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen
Aktualisierung des Durchführungs- und Erschließungsvertrages
(Vorlage-Nr. 20/2013)
 - (4) Bebauungsplan I 9 „Am Schinderweg“
Niddatal, Stadtteil Ilbenstadt - 1. Erweiterung:
 - a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden
gem. § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und
Beschlussfassung hierzu
 - b) Beschluss des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB
(Vorlage-Nr. 21/2013)
 - (5) Städtische Kindertagesstätten Assenheim
 - a) Antrag der SPD-Fraktion „Wiederaufnahme der Verhandlungen
zwecks Anmietung der Immobilie Am Zuseweg“ (Vorlage-Nr. 18/2013
und Bericht aus dem HuF)
 - b) U3-Betreuung in der Kita -
Festlegung des Ausbaukonzeptes
 - c) Betreuungsschule Assenheim -
Beschluss eines Pachtvertrages
-

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 21. Sitzung am 20.03.2013 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

KSG Bönstadt

- Auftragsvergabe Flutlichtanlage:

Anfang des Monats April wurde die Installierung einer Flutlichtanlage für den „neuen Sportplatz in Bönstadt“ beauftragt. Die Anlage wird voraussichtlich Ende Mai installiert.

- Aufhebung des Erbbaurechts:

Mitte des Monats wurde die Aufhebung des Erbbaurechts mit der KSG Bönstadt über den alten Sportplatz notariell beurkundet.

Sobald die Auflösung im Grundbuch gewahrt und das Erbbaurecht gelöscht ist, wird innerhalb von 4 Wochen die Auszahlung des vereinbarten Abstandsbeitrages fällig.

Verkehrssicherheitspflicht - Auftragsvergabe Baumkontrolle

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 10.04.2013 beschlossen, das „Baumkontroll- und Sachverständigenbüro Thomas Sinn“ aus Niddatal mit der Aktualisierung des vorhandenen Baumkatasters (Schadenserfassung) zum Bruttoangebotspreis von 5.972,49 Euro zu beauftragen.

Diese Maßnahme wird derzeit durchgeführt.

Umsetzung ASB - Sachstandsbericht

Die Umsetzung des ASB wurde in den letzten Wochen vorgenommen. Bisher wurden dafür rd. 24.000 Euro verausgabt.

Öffentlicher Personennahverkehr - Buswartehallen

Weitere Vorgehensweise - Antrag auf Erhöhung des Zuschusses

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2013 aufgrund der zu hohen Submissionsergebnisse die Installation von 7 Buswartehallen gestrichen hat, hat der Magistrat nach Rücksprache mit Hessen Mobil einen Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für die Maßnahme gestellt. Von Seiten der Behörde wurde eine Befürwortung des Antrages signalisiert, wobei über die endgültige Höhe noch keine Aussage gemacht wurde.

Da bis zu einer Entscheidung über die evtl. Erhöhung der Zuwendung und bis zur erneuten Beschlussfassung noch keine Vergabe der Baumaßnahme erfolgen darf, hat der Magistrat eine weitere Verlängerung des Baubeginns bis zum 28.06.2013 beantragt. Für diesen Antrag liegt bereits die Zustimmung vor.

Ebenso wurden die Bieter um eine Verlängerung des Zuschlags und Bindefrist bis 28.06.2013, mit Verweis auf die Zustimmung der parlamentarischen Gremien gebeten. Sobald der Bescheid von Hessen Mobil vorliegt, wird der Magistrat die Maßnahme nochmals in der Stadtverordnetenversammlung vorstellen.

MiEG - Verpachtung von Dachflächen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 24.04.2013 beschlossen, die MiEG mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem städtischen Gebäude „Feuerwehrgerätehaus Bönstadt“ zu beauftragen.

Die Anlage ist mittlerweile installiert. Es ist geplant, diese Anlage als Bürger-Photovoltaikanlage zu betreiben. Eine Bürgerversammlung zu diesem Thema ist für die nächste Woche geplant.

In der gleichen Sitzung hat der Magistrat zugestimmt, die Errichtung der Photovoltaikanlage auf dem Dach der Bauhofhalle an den Wasserversorgungsverband Kaichen / Heldenbergen / Burg-Gräfenrode vorzunehmen. Dadurch ist gesichert, dass die Erträge der Niddataler Bevölkerung zugute kommen und der Wasserpreis stabil gehalten werden kann.

Oliver Herbert fragt, wie hoch die zu erwartenden Erträge aus der Verpachtung sein werden ?

Bürgermeister Dr. Hertel: Die Erträge orientieren sich an der Einspeisung, die vorgenommen wird - dürften etwa 3 % sein.

Zu der Frage von Markus Nikleniewicz erläutert der Bürgermeister:
Ohne vorherige Rücksprache mit uns hat die MiEG die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Feuerwehrgerätehaus in Bönstadt installiert und wird sie bis Ende April 2013 ans Netz nehmen. Die MiEG war davon ausgegangen, dass Niddatal bereits Mitglied sei und hat aus rechnerischen Gründen diese Arbeiten eigenmächtig vorgenommen. Wir, d.h. der Magistrat haben diese Vorgehensweise kritisiert und gefordert, uns zukünftig vorher zu informieren und unsere Zustimmung einzuholen.

(2) Bestimmung des Termins für die Bürgermeisterwahl

Der Stadtverordnetenvorsteher verweist auf die heutige Vorlage, worin zwei Termine für die anstehende Bürgermeisterwahl vorgeschlagen werden:

19. Januar 2014 für die Bürgermeisterwahl
02. Februar 2014 für eine notwendig werdende Stichwahl

Da hierzu keine abweichende Vorschläge gemacht werden, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer diesem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 21 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

**(3) Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen
Aktualisierung des Durchführungs- und Erschließungsvertrages**

- Silke Merz verlässt den Saal (§ 25 HGO) -

Florian Porth berichtet, dass dieser Punkt in der 23. Sitzung des BauA am 22.04.2013 behandelt wurde. Die danach erfolgte Abstimmung ergab: 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung für die Aktualisierung des Durchführungs- und Erschließungsvertrages.

Markus Nikleniewicz fragt was mit dem Mutterboden nach dem Bodenaushub geschieht ?

Der Bürgermeister sagt, er gehe davon aus, dass die mit den Erdarbeiten beauftragte Firma die Weiterverwendung bzw. Entsorgung der anfallenden Erde regeln wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 19 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen

- Silke Merz nimmt wieder an der Sitzung teil -

**(4) Bebauungsplan I 9 „Am Schinderweg“
Niddatal, Stadtteil Ilbenstadt - 1. Erweiterung**
**a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden
gem. § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und
Beschlussfassung hierzu**
b) Beschluss des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB

Florian Porth berichtet, dass auch dieser Punkt in der 23. Sitzung des BauA am 22.04.2013 behandelt wurde. Nach erfolgter Abstimmung wurde der Beschlussempfehlung zu den Punkten a) und b) einstimmig zugestimmt.

Markus Nikleniewicz bittet um Erläuterung der Aussagen in den schriftlichen Stellungnahmen des Amtes für Kulturförderung und Umwelt sowie die des Planungsbüro Holger Fischer, wo es um die Nachfrage nach freien Bauflächen geht. - Haben wir in diesem Gebiet überhaupt noch freie Flächen ?

Der Bürgermeister entgegnet: Bei den Flächen, die noch nicht bebaut sind, handelt es sich einmal um gepachtete, zum anderen ist das Gelände verkauft bzw. der Verkauf wird gerade abgewickelt und von daher sind optisch noch freie Flächen vorhanden. Das Gewerbegebiet ist ausgereizt. Wir haben mittlerweile mehrere Anfragen nach größeren Flächen für das neue Gewerbegebiet oben an der Bundesstraße.

Markus Nikleniewicz fügt noch an, dass er zum Thema „Oberflächenwasser“ die Nutzung von Zisternen vorschlagen würde.

Dazu sagt Dr. Hertel: In den Bebauungsplänen ist bereits festgeschrieben, dass Zisternen vorzusehen sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **TOP 4 a)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 19 Ja- 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen = somit so beschlossen

Weiterhin wurde abgestimmt, wer dem **TOP 4 b)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 19 Ja- 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen = somit so beschlossen

(5) Städtische Kindertagesstätten Assenheim

a) Antrag der SPD-Fraktion „Wiederaufnahme der Verhandlungen zwecks Anmietung der Immobilie Am Zuseweg“

b) U3-Betreuung in der Kita - Festlegung des Ausbaukonzeptes

c) Betreuungsschule Assenheim - Beschluss eines Pachtvertrages

Gerhard Einhoff berichtet, dass TOP 5 vorab vom Ältestenrat mit dem Antrag der SPD-Fraktion direkt in den HuF überwiesen wurde. In der 28. Sitzung des HuF wurde über den **SPD-Antrag** beraten, der wie folgt lautet:

Die Stadtverordnetensitzung möge beschließen:

Zur Sicherstellung des Betreuungsangebotes für Schülerinnen und Schüler und zur Schaffung weiterer, notwendiger U3-Betreuungsplätze in der Kita Geschwister-Scholl-Straße sind die Verhandlungen mit Herrn Werner zur Anmietung Am Zuseweg durch den Magistrat wieder aufzunehmen und abzuschließen.

Die danach erfolgte Abstimmung zu **TOP 5 a)** ergab: 3 Ja- 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit keine Empfehlung aus dem HuF.

Eine weitere Beratung der Punkte 5 b) und 5 c) hat sich damit erübrigt.

Florian Porth hat für die CDU-Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

Nach dem Akteneinsichtsausschuss wurde mit der Betreuungsschule „Mäusezahn e.V.“ kein verbindlicher Vertrag abgeschlossen bzw. auch nicht vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung möchte, dass die weitere Zusammenarbeit mit „Mäusezahn“ in Zukunft auf eine rechtlich einwandfreie Basis gestellt wird.

Aus diesem Grunde wird sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung um die Anmietung des „Werner-Gebäudes“ für die Betreuungsschule enthalten.

Bürgermeister Dr. Hertel hat mit seiner Stellungnahme eingeräumt, dass er nicht auf alle vorgetragene Argumente jetzt eingehen kann. Er betont, dass doch alle Fraktionen „das Beste für unsere Kinder in Niddatal wollen, und wir sehen uns daher in der Verpflichtung, eine solche Versorgung auch zu gewährleisten.“

Weiter hat der Bürgermeister eine kürzlich erhaltene Mail vom Wetteraukreis vorgelesen, in der u.a. mitgeteilt wird, dass aus Sicht des Sonderfachdienstes Schule es sich bei der „Betreuungsschule e.V.“ um ein Betreuungsangebot im Sinne des § 15 Hessisches Schulgesetz handelt. Die entsprechenden Zuschüsse gem. den bestehenden Förderrichtlinien werden pro Schuljahr an den Verein ausgezahlt. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, dass „Mäusezahn e.V.“ ein Hort ist.

Weiter berichtet er über ein inzwischen geführtes Gespräch mit dem Schuldezernenten, wo er noch aufschlussreiche Informationen in diesem Zusammenhang erhalten habe, die er auch mitgeteilt hat. Auf dieser Basis werde man sich weiter orientieren.

Dieter Eisenberg kommentiert die Ausführungen des Bürgermeisters größtenteils als der Sache dienlich und sieht jetzt eine gemeinsame Basis. Allerdings verweist er noch auf Regelungen, die in dem Schulprogramm enthalten sein müssten. –

Es wurde in der Vergangenheit „viel Nebel verstreut“ und er sieht auch keine hinreichende Logik in der dargelegten Begründung; mag sein, dass hier auch Unkenntnis vorlag - hat er noch eingeräumt.

Man werde dem heute zur Abstimmung gestellten Konzept nicht zustimmen.

Nach weiteren Redebeiträgen und Fragestellungen hat Dr. Dirk Schneider noch vorgeschlagen: Man möchte den Antrag dahingehend erweitern, dass nicht nur mit Herrn Werner die Vertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden; parallel dazu sollte noch ein entsprechender „Untermietvertrag“ mit „Mäusezahn“ abgeschlossen werden.

Gerhard Einhoff hat als Einwand vorgebracht, dass man die Überlegungen von Dr. Schneider schon aufgegriffen hat und daher die Punkte 5 b) und 5 c) im HuF noch einmal erörtert werden sollen. Seiner Ansicht nach erübrige es sich jetzt, den Punkt 5 a) wie vorgenannt um diesen Antrag zu erweitern.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt nun zur Abstimmung, wer dem **Punkt 5 a)** „Wiederaufnahme der Verhandlungen zwecks Anmietung der Immobilie Am Zuseweg“ seine Zustimmung geben möchte

Ergebnis: 9 Ja- 6 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen = somit so beschlossen

Punkt 5 b) U3-Betreuung in der Kita - Festlegung des Ausbaukonzeptes

Gerhard Einhoff hat bereits darauf hingewiesen, dass über Punkt 5 b) noch nicht beraten, d.h. auch noch nicht entschieden wurde und er den Antrag stelle, diesen Punkt in den HuF zu überweisen.

Bürgermeister Dr. Hertel möchte den vorgenannten Antrag dahingehend erweitern, dass man entweder noch eine gemeinsame Sitzung HuF mit SozA einberuft, oder in zwei getrennten Sitzungen darüber diskutiert.

Gerhard Einhoff hat für eine gemeinsame Sitzung HuF mit SozA den 21.05.2013 genannt. Da aber für diesen Termin schon ein reichhaltiges Programm vorliegt, hat er sich mit Dieter Eisenberg letztendlich auf den **23.05.2013 für eine gemeinsame Sitzung** geeinigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass der **Punkt 5 b)** - wie oben genannt - am 23.05.2013 in einer gemeinsamen Sitzung des HuF und SozA behandelt wird.

Ergebnis: 22 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

Punkt 5 c) Betreuungsschule Assenheim - Beschluss eines Pachtvertrages

Gerhard Einhoff beantragt, wie bereits vorerwähnt, diesen Punkt ebenfalls in den HuF zu überweisen, mit Erweiterung des Vorschlages von Dr. Dirk Schneider, dass für die Betreuungsschule „Mäusezahn“ eine vertragliche Vereinbarung vorgelegt wird (wie im HuF schon angesprochen wurde).

Im weiteren Verlauf der Redebeiträge wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man Vertreter des Schulträgers (Kreis) und den örtlichen Schulleiter zu der Sitzung einlädt. Der Bürgermeister äußert, dass man diesen Vorschlag aufgreifen und im Vorfeld die noch offenen Fragen klären wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt zur Abstimmung, wer seine Zustimmung geben möchte: **Punkt 5 c) plus Zusatzantrag von Dr. Dirk Schneider an den HuF und SozA für eine gemeinsame Sitzung am 23.05.2013 zu überweisen.**

Ergebnis: 22 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

Da es hierzu und zu anderen Themen keine weiteren Wortmeldungen gab, hat der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann um 21:00 Uhr die heutige Sitzung für beendet erklärt.

Er bedankt sich wieder für die rege Mitarbeit und wünscht allen Beteiligten einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin